

Resolution für den
Rat
am 11.9.2009

Fraktion im Rat der Stadt Göttingen

Geschäftsführung: Jürgen Bartz

Tel: 0551-400-2785
Fax: 0551/400-2904
GrueneRatsfraktion@goettingen.de
www.gruene-goettingen.de

24.8.2009

Keine Abschiebungen in die Republik Kosovo

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Göttingen fordert die Niedersächsische Landesregierung auf

1. unfreiwillige Rückführungen von Angehörigen der Minderheiten in das Kosovo nicht zu veranlassen, und sich stattdessen für einen generellen Abschiebestop einzusetzen.
2. insbesondere für Angehörige der Sinti und Roma zusätzliche Integrationsmöglichkeiten in die Gesellschaft zu eröffnen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Rückführungsabkommen auszusetzen und anzuerkennen, dass eine Rückführung von Minderheiten in das Kosovo unter den derzeit dort herrschenden Bedingungen nicht möglich ist.

Begründung:

Nach dem Willen der Landesregierung sollen die Zwangsrückführungen im Rahmen des derzeit verhandelten Rückführungsabkommens mit der Republik Kosovo bis Ende 2010 abgeschlossen sein. Betroffen sind in Stadt und Landkreis Göttingen bis zu 500 Personen, bundesweit mehr als 12.000.

Der Menschenrechtskommissar des Europarates, Herr Thomas Hammarberg, ruft die europäischen Regierungen auf, Zwangsrückführungen von Minderheiten in das Kosovo zu vermeiden und den Status jener Menschen in ihrem Gastland zu regeln, bis die Bedingungen eine sichere Rückkehr erlauben. Siehe PM 533 (2009) des Europa-

rates. Anlässlich der Vorstellung des Berichts über die Sondermission vom 23.-27.03.09 und zur Situation im Kosovo verweist er beispielsweise darauf, dass die mit Blei verseuchten Lager für Sinti und Roma in Nord-Mitrovica (Cesmin Luk und Osterode) umgehend geschlossen werden müssen.

Auch mit Blick auf die historische Rolle Deutschlands bei der Verfolgung von Sinti und Roma im zweiten Weltkrieg stünde es Deutschland gut zu Gesicht, sich um eine bessere Integration dieser Minderheiten zu bemühen, statt sie mit harter Hand in ein Land abzuschieben in dem ihre Verfolgung zumindest in einigen Regionen nicht auszuschließen bzw. sehr wahrscheinlich ist. Auch der Sozialkommissar der EU, Vladimír Špidla, forderte anlässlich der Gedenkveranstaltung zum 65. Jahrestag der Auslöschung des so genannten Zigeunerlagers in Auschwitz-Birkenau (fast 3000 ermordete Roma in der Nacht zum 3.8.1944) mehr Anstrengungen für Chancengleichheit für Sinti und Roma.

In diesem Zusammenhang ist ebenso einzufordern, dass der derzeit gültige „Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Republik Kosovo“ des Auswärtigen Amtes unter Berücksichtigung des vom Europarat am 2.7.2009 veröffentlichten Berichts „Report of the Council of Europe Commissioner for Human Rights´ Special Mission to Kosovo“ dringend überarbeitet werden muss.

Auf Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird eine ähnlich lautende Resolution am 16.9.2009 im Göttinger Kreistag beraten.